

PRESSEAUSSENDUNG zu den Kernforderungen

St. Pölten, 22. Oktober 2026

Neuverhandlung gefordert: beste Gesundheitsversorgung statt schlechter Plan

Plattform NÖ präsentiert drei Kernforderungen und verlangt Neuverhandlungen des Gesundheitsplans 2040+ – Erhalt aller Notarztstützpunkte und Krankenhäuser ohne Wenn & Aber, Verbesserung der Versorgung sowie Transparenz und Wissenschaftlichkeit.

Die Plattform NÖ #Neuverhandlung Gesundheitsplan 2040+ fordert in der niederösterreichischen Gesundheitspolitik ein Umdenken und Einlenken der Landesregierung. Die 11 Bürgerinitiativen der Plattform NÖ haben gemeinsam drei Kernforderungen erarbeitet. Im Mittelpunkt stehen der Erhalt aller Notarztstützpunkte und Krankenhäuser, die Weiterentwicklung des Gesundheitssystems im Interesse der Bevölkerung sowie Transparenz, Kontrolle und Wissenschaftlichkeit bei allen Reformschritten.

„Die Menschen in Niederösterreich haben ein Recht auf eine hochwertige, wohnortnahe Gesundheitsversorgung. Eine Reform muss die bestehenden Probleme lösen und die Versorgung verbessern. Der „Gesundheitsplan 2040+“ erfüllt diesen Anspruch nicht. Stattdessen droht er, über Jahrzehnte aufgebaute Gesundheitsinfrastruktur unwiederbringlich zu zerstören“, so Tamara Schönsiglb vom Verein #LKGmündbleibt für die Plattform NÖ.

Die Kernforderungen:

1. Bedingungsloser Erhalt aller Notarztstützpunkte und Krankenhäuser!

Die erste und zentrale Forderung der Plattform ist daher ein sofortiger Stopp der geplanten Schließungen. Der schon begonnen Abbau der Strukturen muss sofort beendet werden und alle entsprechenden Beschlüsse müssen ausgesetzt und zurückgenommen werden. Eine flächendeckende medizinische Versorgung muss für alle Menschen gewährleistet sein – unabhängig davon, ob sie in einem Ballungszentrum oder einer ländlichen Region leben.

Statt die bestehenden Strukturen abzubauen, muss der Mangel an Notärztinnen und Notärzten durch Verbesserungen in der Ausbildung und bei den Arbeitsbedingungen nachhaltig bekämpft werden.

„Wenn Notarztstützpunkte geschlossen werden, bedeutet das längere Anfahrtswege und möglicherweise längere Wartezeiten bei lebensbedrohlichen Notfällen. Gerade in der Notfallmedizin können wenige Minuten über Leben und Tod entscheiden. Die Patientensicherheit muss immer Vorrang haben“, betont der Arzt Dr. Alfred Lichtenschopf aus Waidhofen/Ybbs.

Auch die geplante Schließung des Landesklinikums Gmünd wird von der Plattform NÖ entschieden abgelehnt. Die Menschen im Waldviertel sind auf eine wohnortnahe Krankenhausversorgung angewiesen.

„Das Landeskrankenhaus Gmünd ist für die Menschen in unserer Region unverzichtbar. Seine Schließung würde die medizinische Versorgung massiv verschlechtern oder unter Umständen auch Menschenleben kosten. Die Bevölkerung hat bei der Volksbefragung mit überwältigender Mehrheit für den Erhalt des Krankenhauses gestimmt. Das darf die Landesregierung nicht ignorieren“, hält Tamara Schönsiglbauer fest.

2. Gesundheitssystem verbessern statt Versorgung abbauen!

Die zweite Kernforderung der Plattform betrifft die langfristige Weiterentwicklung des Gesundheitssystems. Die *Plattform NÖ* fordert eine aktive Personalpolitik, bessere Arbeitsbedingungen und eine solidarische Reform, die sich der demografischen Entwicklung auch in der Realität und nicht nur am Papier anpasst. Notarztstützpunkte zu schließen, weil zu wenig Notärzt:innen ausgebildet werden oder Krankenhäuser aufzulassen, weil das Personal die Lücken in anderen Krankenhäusern schließen soll, sind der Beginn einer Abwärtsspirale für Personal und Patient:innen. Nur eine aktive Personalpolitik kann das Problem an den Ursachen bekämpfen.

Es braucht eine Reform mit Kostenwahrheit, die die Kosten nicht zwischen verschiedenen Trägern verschiebt oder - wie bei dem Plan der NÖ-Landesregierung - die Kosten im Endeffekt auf die Beschäftigten bzw. die Patientinnen und Patienten abwälzt. Gesundheitsversorgung ist ein Recht und muss für alle Menschen gleichermaßen zugänglich bleiben.

3. Keine Reform ohne Transparenz und wissenschaftliche Grundlagen

Als dritte Kernforderung verlangt die Plattform vollständige Transparenz über die Entscheidungsgrundlagen des „*Gesundheitsplans 2040+*“. Alle relevanten Daten, Gutachten, Bedarfsanalysen und Risikoabschätzungen müssen sofort öffentlich zugänglich gemacht werden. Die bisherige strategische Intransparenz der NÖ-Landesregierung ist Teil des Problems und nicht der Lösung.

Weitreichende Strukturveränderungen dürfen erst beschlossen werden, wenn unabhängige wissenschaftliche Untersuchungen ihre Auswirkungen auf die Versorgung und Patientensicherheit geprüft haben.

Darüber hinaus fordert die Plattform eine verbindliche Einbindung der Bevölkerung und der Beschäftigten bereits in der Planungsphase sowie eine unabhängige wissenschaftliche Begleitung und laufende Qualitätskontrolle. Wirtschaftliche und regionale Folgewirkungen müssen umfassend berücksichtigt werden.

„Es kann nicht sein, dass zuerst politische Entscheidungen über Schließungen getroffen werden und erst danach untersucht wird, welche Folgen sie für die Menschen haben. Eine verantwortungsvolle Gesundheitspolitik muss genau umgekehrt vorgehen“, meint Dr. Alfred Lichtenschof.

Echte Neuverhandlung jetzt!

Die drei Kernforderungen wurden von den Initiativen der *Plattform NÖ* gemeinsam erarbeitet. Sie bilden die Grundlage für die Forderung nach einer Neuverhandlung des „*Gesundheitsplans 2040+*“.

Die *Plattform NÖ* befürwortet ausdrücklich notwendige Veränderungen im Gesundheitssystem. Aber: Es braucht Reformen und Verbesserungen statt Zerstörung funktionierender Gesundheitsinfrastruktur in Niederösterreich. Die *Plattform NÖ* setzt sich für eine Gesundheitspolitik im Interesse aller Menschen, aller Regionen ein, die von allen Menschen gemeinsam erarbeitet werden muss.

Kontakt

Tamara Schönsgibl

E-Mail: info@lkgmuendbleibt.at